

# Die DVP im Juli 2016/Inhaltsverzeichnis

Lars Esterhaus

## Brauch der Kommissar ein Studium? . . . . . 267

Dieser Beitrag gibt Denkanstöße für die Zukunft der Verwaltungshochschulen im Spannungsfeld von Akademisierung und Handlungssicherheit am Beispiel des gehobenen Dienstes in Polizei und Verwaltung.

Die Anforderungen an eine wissenschaftliche Arbeit unterscheiden sich von den Notwendigkeiten des Alltags. Doch es sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Das Prinzip Verantwortung scheint der Schlüssel zur Auflösung des vermeintlichen Gegensatzes zwischen Studium und Praxis zu sein. Wer verantwortlich handeln will, soll nicht nur Handlungsalternativen erkennen und wählen können. Er muss vor allem fähig und bereit sein, Verantwortung zu übernehmen, also für die Folgen der getroffenen Entscheidung einzustehen.

Verantwortung vor sich selbst und seinem Gewissen, Verantwortung vor den von seiner Entscheidung betroffenen Menschen und vor allem: Verantwortung vor der Verfassung, die ihn mit weit reichenden Kompetenzen ausstattet. Sicher ist in einer Situation der Gefahr im Verzug eine schnelle operative Entscheidung gefragt und der handelnde Beamte wird nicht seine gesammelte wissenschaftliche Kompetenz ausdrücklich mitliefern. Aber wenn seine Entscheidung nicht auf einem soliden verantwortungsethischen Fundament basiert, dann ist er in Gefahr Fehler zu machen, er ist in Gefahr unverantwortlich zu handeln, ja er ist sogar in Gefahr ein Scharlatan zu sein.

Vor diesem Hintergrund befasst sich der Beitrag mit den Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Verwaltungshochschulen.

Christine Susanne Rabe/Martin Wode

## Die Gesellschaft als Adressat eines

## Verwaltungsaktes . . . . . 272

Will eine Behörde gegenüber einer Gesellschaft einen Verwaltungsakt erlassen, stellt sich zunächst das Problem der Handlungs- und Beteiligungsfähigkeit der Gesellschaft und damit die Frage nach der korrekten Bezeichnung des Adressaten. Die Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit ist nicht nur Voraussetzung für die aktive Vornahme von Verfahrenshandlungen, sondern auch für den Fall, dass die Behörde gegenüber einer Gesellschaft ein Verwaltungsverfahren einleiten oder durchführen will.

Holger Weidemann

## Entstehung und Untergang einer Straße . . . . . 280

Die erste Darstellung der Reihe „Basistexte“ widmet sich dem Straßenrecht, einem Rechtsgebiet, das eine hohe praktische Relevanz aufweist und im Bereich von Ausbildung und Studium häufig Gegenstand von Klausuren ist. Die weiteren Beiträge, die in loser Folge in den nächsten Ausgaben der DVP veröffentlicht werden, greifen folgende Themen auf: Teil 2: Gemeingebrauch, Anliegergebrauch, Sondernutzung; Teil 3: Verhältnis von Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht; Teil 4: Straßenrechtliche Eingriffsbefugnisse.

Peter Eichhorn

## ABC – Glossar – XYZ . . . . . 282

Die Serie zu Begriffen der Verwaltungssprache wird fortgesetzt mit Ausführungen zu den Themen „Kapazitätsauslastung“ und „Museumsmanagement“.

Edmund Beckmann/Peter Matschke

## Neue Rechtsprechung im Verwaltungs- und

## Widerspruchsverfahren. . . . . 284

Die Verfasser stellen – im Anschluss an die Beiträge in DVP 2005 S. 80 ff. und DVP 2011 S. 110 ff. – im Fünf-Jahresrhythmus die aktuelle Rechtsprechung im Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren vor.

## Fallbearbeitungen

Ralf Schmorleiz

## Eine Verbandsgemeinderatssitzung in Rheinstein . . . 295

Diese Fallbearbeitung aus dem Kommunalrecht befasst sich insbesondere mit den Themen „Kommunalaufsicht“, „Wahlbeschwerde“, „Ausschlussgründe“ und „Beschlussfähigkeit“.

Die Lösungshinweise findet man auf der Homepage der DVP unter der Adresse [www.dvp-digital.de](http://www.dvp-digital.de).

Holger Weidemann

## Die Abkürzung. . . . . 296

Bei dieser Klausur, die im Rahmen des Studiums an der HSVN im 3. Studienjahr bearbeitet worden ist, geht es insbesondere um kommunalverfassungsrechtliche Fragen, Aspekte des Straßenrechts und des allgemeinen Verwaltungsrechts.

Thomas Gerlach

## Wirtschaftliche Budgetmittelverwendung und

## Kostenanalyse . . . . . 302

Wirtschaftlicher Umgang mit Budgetmitteln sowie Kostenanalysen zur Förderung des wirtschaftlichen Handelns sind zunehmende Erfordernisse im kommunalen Alltag. In diesem Beitrag werden zwei Modellfälle auf Basis gezielter Aufgabenstellungen analysiert. Er richtet sich an Bachelorstudierende der Studienzeige Verwaltung und Verwaltungsbetriebswirtschaft, an Masterstudenten kommunaler Verwaltungsstudiengänge sowie an interessierte Praktiker.

## Rechtsprechung

Identitätsfeststellung durch Bundespolizei auf Bahnhofsvorplatz (BVerwG, Urteil vom 28.05.2014 – 6 C 4/13) . . . . . 304

Darf Satire wirklich alles? – Das „Böhmermann-Gedicht“ (VG Berlin, Beschluss vom 14.04.2016 – VG 1 L 268.16) . . . . . 305

Die Schriftleitung